Zeitschrift: Diskussion: Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik

Herausgeber: Diskussion

Band: - (1989)

Heft: 9: Nacht- und Wochenendarbeit?

Artikel: Bündnis gegen die Flexibilisierung

Autor: Ebel, Marianne

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-584219

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bundnis gegen die Flexibilisierung

VON MARIANNE EBEL

Bis zur nächsten ILO-Konferenz im Juni 1990 werden die Arbeitgeber vermehrt jammern und erklären, wer Wohlstand wolle, müsse neue Arbeitsformen akzeptieren und endlich die Frauen den Männern «gleichstellen». Das heisst im Klartext: mehr Schichtarbeit sowie Nacht- und Wochenendarbeit in der Industrie auch für Frauen. Die Unternehmer-Argumente sind bekannt, und sicher wird es hier in den nächsten Monaten nichts Neues geben. Sei es die Unternehmensleitung der Micro-Electronique Marin (MEM) in Neuenburg oder der Autozulieferer VDO in Dortmund: Alle wollen Nachtschichten für Frauen einführen, weil nur Frauen die nötige «Gelduld, Geschicklichkeit und das Fingerspitzengefühl» haben. Die «teuren Maschinen müssen ausgelastet werden», wozu «der Einsatz von Männern zu unwirtschaftlich ist» ¹.



DAS FRAUEN-NACHTARBEITSVERBOT MUSS BLEIBEN

Seitens der Arbeitgeber möchte man am liebsten keine internationale Regelung mehr haben oder wenn schon nur eine, die im Namen der Wirtschaftlichkeit alles offen lässt.

Wie wichtig demgegenüber im internationalen Verdrängungsund Vernichtungs-Wettbewerb eine internationale Regelung für die Lohnabhängigen ist, soll an einigen Beispielen gezeigt werden:

Trotz Widerstand der IG Metall müssen seit Mai 1989 beim Autozulieferer VDO in Dortmund 180 Frauen in Wechselschichten auch nachts von 22 bis 6 Uhr arbeiten, weil VDO den Profit aus einem amerikanischen Zusatzauftrag einstreichen will. Die Bewilligung wurde vom SPD-Arbeitsminister Heinemann zunächst für ein Jahr gegeben.

«Offensichtlich erwartet die Industrie, dass der Abbau von Arbeitnehmerrechten und Schutzvorschriften durch eine SPD-Landesregierung eher hingenommen wird, als in CDUgeführten Bundesländern», kommentiert bitter ein Vorstandsmitglied der IG Metall. Erinnern wir uns: Im Januar 1984 war die Situation bei Ebauches SA Marin (heute MEM Marin) genau dieselbe. Die gleichen Unternehmer-Argumente überzeugten P. Dubois, den sozialdemokratischen Volkswirtschaftsdirektor: Die Frauennachtarbeit sei in diesem Falle aus wirtschaftlichen Gründen nötig, und er begrüsse die Bewilligung des BIGA für die Arbeit rund um die Uhr. Dank einer breit organisierten Informationskampagne und der Mobilisierung des «Comité

Travail et Santé», der Gewerkschaften und der Linken konnte in diesem Fall ein Kräfteverhältnis geschaffen werden: Das BIGA zog seine Bewilligung zurück, und der Bundesrat verneinte im August 1984 die Möglichkeiten zur Frauennachtarbeit in der Industrie. Doch waren es weder medizinische noch soziale Gründe, welche Furgler damals zu dieser heute noch geltenden Position führten, sondern allein die Tatsache, dass die Schweiz das ILO-Abkommen 89 seit 1953 unterschrieben hatte und eine Bewilligung von Frauennachtarbeit den Rechtsstaat verletzt hätte. Die Schweizer Gewerkschaften konnten deshalb mit einem Rekurs drohen. Die IG Metall konnte dies nicht, da die BRD das internationale Abkommen 89 nie unterzeichnet hatte. Unterdessen adressierte Micro-Electronique Marin neue Anfragen an das BIGA. Diesmal nicht für Nachtarbeit für Frauen, sondern für Schichtarbeit rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr, also auch Sonntagsarbeit für Frauen und Männer. Wiederum hat das BIGA zugesagt: es gäbe hier technische und wirtschaftliche Gründe meinte es. Die Belegschaft aber war weniger überzeugt ,und die Gewerkschaften haben unter dem Druck der Basis Rekurs gemacht. «Technische Gründe», so meinte einer der Ingenieure, der für dieses Unternehmen arbeitet, gibt es keine; was die wirtschaftlichen Gründe betrifft, kann man nur sagen, dass es nicht einmal garantiert einen genügenden Markt gibt, um die geplanten Chips loszuwerden, ohne zu sagen, dass es hier noch viel Bluff gibt, da die notwendige Technologie noch gar nicht gemeistert ist.» Rechtlich ist der

Fall noch offen, eines jedoch ist sicher: dank der Opposition kann heute dieser Betrieb nicht auf dem Rücken seiner Angestellten experimentieren, ob es sich aus Unternehmersicht lohnt, Frauen und Männer rund um die Uhr in die Fabrik zu schicken.

EINE KAMPAGNE GEGEN NACHT- UND WOCHENEND-ARBEIT AUFBAUEN

Nur wo es aus sozialen Gründen notwendig ist, soll es Nacht- und Wochenendarbeit geben. Und zwar müssen dort bessere Arbeitsbedingungen und eine drastische Arbeitszeitverkürzung garantiert werden. Die jüngste Mobilisierungen des Spitalpersonals für eine zusätzliche Zeitkompensation von 25 Prozent zwischen 20 und 6 Uhr zeigen den Weg auf. Die bereits errungenen Erfolge in Bern und in Zürich machen klar, dass eine Aktivität in den Betrieben selbst Voraussetzung ist, um etwas zu erreichen. Gleichzeitig wird deutlich, dass es auch ausserhalb der Betriebe möglich ist, in dieser Frage eine breite Unterstützung zu erhalten.

Die Zeit ist reif für Kampagnen mit dem Motto: «Das arbeitsfreie Wochenende muss erhalten bleiben» und «Nachtarbeit ist schädlich». Jetzt geht es darum, auf schweizerischer wie auf internationaler Ebene Kräfte zu einem sozialen Bündnis zusammenzubringen. Dies mag pompös tönen, und doch ist es notwendig, soll das freie Wochenende nicht vor die Hunde gehen und die Nachtarbeit nicht noch mehr Leute krank machen. Und wer kann hier den Anstoss geben, wenn nicht die Gewerkschaften!

Ansätze zu einer solchen Kampagne gibt es bereits:

In der BRD hat die IG Medien in einem harten Kampf gegen die Unternahmer das freie Wochenende (bei einigen Ausnahmen) verteidigen können. Die IG Metall bereitet derzeit ebenfalls einen Kampf um diese Frage vor. In der Stadt Hattingen ist zum Beispiel eine Erklärung lanciert worden: «Wir sagen allen verantwortlichen Kräften in Wirtschaft und Politik: Das arbeitsfreie Wochenende muss erhalten bleiben.» Unterzeichnet wurde der Aufruf von MetallerInnen, Kirchen, Sportund Kultur-Verbänden, Vereinen, Jugendorganisationen...

Inder Schweiz fand im Juni 1989 anlässlich der ILO-Konferenz ein Symposium gegen Nachtarbeit statt, das von einem sehr breiten Spektrum unterstützt wurde: gewerkschaftliche Organisationen, Parteien von den Grünen bis zur äusseren Linken, Frauenorganisationen, christliche Gruppierungen, u.a. In einer Resolution beschlossen die TagungsteilnehmerInnen, sich für nationale und internationale Aktivitäten gegen die Flexibilisierung einzusetzen (vgl. DO-KUMENTE in diesem Heft). Hier geht es um die Frage, die die ganze Gesellschaft betreffen:

ganze Gesenschaft betreffen: Wie wollen wir leben? Wie verteidigen wir unsere Gesundheit? Wie garantieren wir das freie Wochenende? Wie wollen wir unsere Freizeit erweitern und gestalten? Sich um diese Fragen herum zu organisieren lohnt sich sicher.

1 Zitat aus dem Bewilligungsantrag der VDO-Leitung an den SPD-Arbeitsminister Heinemann von Nordrhein-Westfalen. Nota bene: Die Männer sind bei VDO überwiegend in der Lohngruppe sieben und höher eingestuft, die Frauen dagegen in Lohngruppe drei!

